

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, liebe Jugendgemeinderätinnen und Jugendgemeinderäte, sehr geehrte Damen und Herren,

Die FDP-Gemeinderatsfraktion blickt besorgt auf den diesjährigen städtischen Haushalt und sieht weiterhin erhebliche Optimierungsbedarfe. Lassen Sie uns die **aktuelle Finanzlage** betrachten:

Bretten wird 2023 voraussichtlich eine Pro-Kopf-**Verschuldung** von 780€ erreichen. Das entspricht einem Anstieg um 340€ pro Einwohner gegenüber 2019. Der Schuldenzuwachs entstammt größtenteils der Finanzierung der Investitionstätigkeiten, die mit 16 Millionen € im vergangenen und 12,4 Millionen € im aktuellen Planungsjahr Höchststände erreicht haben. Es ist zweifelhaft, inwiefern dabei tatsächlich nur Investitionen zu Pflichtaufgaben im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge umgesetzt werden. Betrachten wir mit 6,9 Millionen € Gesamtinvestitionen nur die neue Tiefgarage auf der Sporgasse. Kaum bekannt sind dagegen bisher die notwendigen Baumaßnahmen zur Realisierung der Gartenschau inkl. Grundstückserwerb. – Die ursprünglich veranschlagten 36,3 Millionen €, die ebenfalls durch Förderprogramme, Eintrittskosten, Vermietungen und Spenden in kleinen Teilen refinanziert werden, werden die künftigen Haushalte aufgrund gestiegener Baukosten und Zinsen wahrscheinlich deutlich höher belasten. – Woher wird das Geld kommen? Noch höhere Steuern? Diese drohende Überschuldung in den kommenden Haushalten muss dringend gestoppt werden, damit notwendige Investitionen in Klimaschutz möglich werden und Folgegenerationen ebenfalls Gestaltungsspielräume bei der Umsetzung ihrer eigenen Ideen haben.

Im **Ergebnishaushalt** sehen wir ein Defizit von etwa einer Million € – Vor einem Jahr standen wir in den Haushaltsberatungen vor der gleichen Herausforderung. Damals schickte uns die Stadt mit einem Plan-Defizit von ebenfalls etwa einer Million € ins Rennen. Die damalige Aufgabenstellung: “Wir müssen eine Million einsparen, damit der Ergebnishaushalt vom Regierungspräsidium genehmigt wird. Denn der Haushalt gilt als ausgeglichen, wenn die Summe aller Aufwendungen mindestens der Summe der Erträge entspricht.“ Das einzige Mittel sollte letztes Jahr eine Steuererhöhung sein. Die Verwaltungseinnahmen sollten erhöht werden. Der Verwaltungskörper bläht sich weiter auf. Interessanterweise lernen wir 2023 unter Führung von Herrn Dr. Köppen, dass es auch anders geht. Ist der Ausgleich in der ersten Stufe nicht erreichbar, kann ein Haushaltsdefizit sehr wohl durch entsprechende Ergebnismehrungen ausgeglichen werden, sofern diese vorhanden sind. Ebendies forderten wir im letzten Jahr, um die schmerzhafteste Grund- und Gewerbesteuererhöhung abzuwenden. Erfreulicherweise müssen wir dieses Jahr, trotz Defizit, die Steuern nicht weiter erhöhen. Damit hätte letztes Jahr, mit etwas Mut, womöglich die Steuererhöhung abgewendet werden können, damit wirtschaftliches Engagement in Bretten weiterhin attraktiv bleibt. Wir werden diese Entwicklung eng im Blick behalten und bei den kommenden Haushalten weiterhin strikt gegen jegliche Steuererhöhung stimmen.

Bereits 2022 forderte die FDP eine **umfassende Aufgabenkritik** innerhalb der Verwaltung. – Insbesondere freiwillige Aufgaben sollten intensiv überprüft werden, um die ohnehin schon knappen Ressourcen zu entspannen. 2023 plant die Stadt Bretten 1,6 Millionen € (8,5 %) mehr für Personal auszugeben als 2022. Darin enthalten sind hauptsächlich die 16 Stellenmehrungen, welche ich im Detail nicht kommentieren werde. Verstehen Sie mich nicht falsch: Die Stellenzuwächse umfassen dringend notwendige Stellen, dennoch muss es die Verwaltung endlich schaffen, ein weiteres Aufblähen der Personalaufwendungen zu verhindern. Auch diese zusätzlichen Aufwendungen sind am Ende nur durch Mehreinnahmen wie z. B. durch Steuererhöhungen finanzierbar. Ein Gegensteuern wird naturgemäß durch den demographischen Wandel erwartet, der innerhalb der nächsten Jahre den Renteneintritt zahlreicher verdienter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt mit sich bringen wird. Die Verwaltung muss dies als Chance verstehen, sich endlich ernsthafter mit der notwendigen Aufgabenkritik auseinanderzusetzen.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte über die vergangene **Haushaltsklausur** verlieren. Abermals schaffte es die Verwaltung, von den großen Themen abzulenken – Stundenlange Diskussionen über Budgetposten im niedrigen fünfstelligen Bereich zu Beginn der Haushaltsklausur reduzierten die Aufmerksamkeit und Motivation während der Sitzungstage, als es um die wirklich großen Themen wie die Pforzheimer Straße,

das Diedelsheimer Schwimmbad, die Sporgassenbebauung etc. ging. Nur um ein Beispiel zu nennen: Man konnte sich letzten Endes nicht einigen, die Eislauffläche, welche energetisch ohnehin höchst bedenklich ist, wie auch in 2021 zu pausieren, um knapp 30.000 Euro einzusparen. Die Fraktionen suchten wieder einmal nach den Budgetposten für die Gartenschau welche nicht mehr in weiter Ferne liegt. Der Investive Haushalt beinhaltet immer noch keine Budgetposten für die Gartenschau.

Unsere diesjährigen **Anträge** hatten wie üblich allesamt das Ziel, die städtischen Ausgaben zu reduzieren, um die Verschuldung im öffentlichen Bereich und somit die Belastung der Bürger zu dämpfen. Auf unseren Antrag hin überprüften die Ämter 23, 60 und 61 alle aktiven Förderprogramme auf Sparpotentiale – Mit dem Verzicht auf das Förderprogramm “Selbstgenutztes Wohneigentum” können immerhin 130.000€ eingespart werden. Wesentlich kürzer wurde unser Antrag zur Vermeidung neuer Stellen in der Verwaltung 2023 kommentiert. Die seitens der Verwaltung in Aussicht gestellte systematische Aufgabenkritik muss zu einer Reduzierung der Personalaufwendung beitragen. Auf unser Bestreben hin überprüften die Ämter 23 und 40 freiwillige Aufgaben im kulturellen Bereich, welche auf geringere Resonanz stoßen. In einer umfassenden Analyse wurde sichtbar, wie präsent und aktiv Bretten im kulturellen Bereich interessante Angebote bereitstellt. – Mit dem Verzicht auf das diesjährige Sommerprogramm werden immerhin 55.000 € an Einsparungen erreicht. Ein Ausdrücklicher Dank an Herrn Feineißer und Mannschaft für die umfassende Überprüfung und Darlegung. Die kostspielige Umgestaltung der Pforzheimer Straße zu verschieben, um den städtischen Haushalt in den kommenden Jahren zu entlasten, wurde leider abgelehnt. Dadurch hätten nicht nur weitere Darlehensaufnahmen temporär vermieden, sondern auch Unzufriedenheit von Innenstadtbewohnern und Inhabern sowie Kunden ansässiger Geschäfte.

Die FDP wird die Ausgabendisziplin der Stadt weiterhin kritisch im Blick behalten und lehnt jegliche Erhöhung kommunaler Steuern strikt ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Jan Elskamp und Ingo Jäger

FDP-Gemeinderatsfraktion Bretten